



Munich Personal RePEc Archive

Togo: a didactic drama of misled democratisation in Africa

Dirk Kohnert

Institute of African Affairs, GIGA German Institute of Global and
Area Studies

1. June 2005

Online at <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/978/>
MPRA Paper No. 978, posted 1. December 2006



Afrika im Blickpunkt

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs

Nummer 1

Juni 2005

ISSN 1619-3156

Togo: Ein Lehrstück fehlgeleiteter Demokratisierung

Dirk Kohnert

(Togo: a didactic drama of misled democratisation in Africa)

Abstract

When the longest-serving African dictator, Togo's Gnassingbé Eyadéma, died unexpectedly in February 2005 after 38 years of autocratic rule, Togo became a test case for indigenous democratisation efforts of African states. However, it soon became clear that a change of regime through the ballot box was impossible, in view of the consolidation of this dictatorship through decades of ill-applied foreign assistance. Political conflict flared up again. Eyadéma's son, Faure Gnassingbé, seized power in a coup with the backing of the army and the Barons of the ruling party. Violent protest at home and diplomatic pressure of major donors and African peers forced Gnassingbé to hold presidential elections in April. But as the elections were rigged right from the beginning, it was no surprise that they confirmed the power of the incumbent as heir to the throne of his father. In the interest of political stability in the sub-region, neighbouring states, France and the ECOWAS condoned the election results and the brutal political persecution of opponents. About 700 people died and some 40,000 fled to neighbouring Benin and Ghana in fear of reprisals. Only if the international giver community is ready to take and learn from its errors responsibility for it, a democratic Transition can still succeed. This requires first of all a "durable" mandate of the EU or the United Nations, i.e. substantial security, organizational and financial intervention for the support of the democratic forces of Togo at the time of the execution of fair and free elections. Afterwards a long-term reconstruction assistance is indispensable.

Zusammenfassung

Nach dem Tod des dienstältesten Diktators Afrikas wurde Togo zu einem Testfall für die eigenständigen Demokratisierungsbemühungen Afrikas. Bald zeigte sich jedoch, dass ein Regimewechsel in Togo über die Wahlurnen allein unmöglich ist, angesichts der jahrzehntelangen Konsolidierung dieser Diktatur mit ausländischer Hilfe. Nur wenn die internationale Gebergemeinschaft bereit ist, Verantwortung dafür zu übernehmen und aus ihren Fehlern zu lernen, kann eine demokratische Transition noch gelingen. Dies erfordert zuallererst ein „robustes“ Mandat z.B. der Vereinten Nationen, d.h. massive militärische, organisatorische und finanzielle Intervention zur Unterstützung der demokratischen Kräfte Togos bei der Durchführung von fairen und freien Wahlen. Danach ist eine langfristige Wiederaufbauhilfe, z.B. im Rahmen gleichberechtigter EU-AKP-Abkommen, unabdingbar.

Togos "Kommandostaat" als Haupt- hemmnis jeder Demokratisierung

Am 5. Februar 2005 verstarb der dienstälteste Diktator Afrikas, Staatspräsident Etienne Gnassingbé Eyadéma, der 38 Jahre lang Togo wie ein Königreich regiert hatte. Die von ihm etablierte autokratische Dynastie jedoch überlebte. Togos steiniger Weg der Demokratisierung, der 1991 nach Jahrzehnten der Diktatur hoffnungsfroh mit der souveränen Nationalkonferenz aller gesellschaftlich bedeutenden Kräfte begonnen hatte und sich mit dem Tod Eyadémas erneut belebte, ist durch die Machtübernahme seines Sohnes, Faure Gnassingbé, erneut unterbrochen.

Die Gefolgsleute des Eyadéma-Clans im Militär und in der Regierungspartei RPT (*Rassemblement du Peuple Togolais*), die gegen alle Regeln der Verfassung Faure Gnassingbé als neuen Staatschef einsetzten, handelten scheinbar unter ähnlichen Bedingungen wie Höflinge im feudalen Europa, frei nach dem Motto: *Le roi Eyadéma est mort, vive le roi*.

Die Entrüstung im In- und Ausland war dementsprechend groß. Angesichts der Globalisierung westlicher Regeln der „guten Regierungsführung“ und der damit verbundenen politischen Konditionierung von Entwicklungszusammenarbeit (EZ) schienen die Tage einer Diktatur *à la Eyadéma* gezählt. Aber weit gefehlt. Die Herrschaftsstrukturen und -taktiken dieses „afrikanischen Kommandostaates“ (zum Konzept: Elwert 2001) erwiesen sich auch für den Machterhalt des Thronfolgers als erfolgreich. Seine Stärke beruht auf zwei Hauptfaktoren: dem besonderen sozio-kulturellen Erbe der Diktatur Eyadémas und mächtigen außenpolitischen Interessen verschiedener mit dem Regime befreundeter Regierungen. Ausländische Regierungen haben maßgeblich zur Entstehung und Festigung der Eyadéma-Diktatur beigetragen.

Togo hing über Jahrzehnte am Tropf der Entwicklungshilfe, sie betrug 40-82% des realen Brutto-Inlandseinkommens.¹ Allein die bundesdeutsche EZ mit Togo umfasste 1960-89 DM 600 Mio., ergänzt um Schuldenerlass in Höhe von 295,5 Mio. Auch der Rückgang der Hilfe ab 1993 aufgrund politischer Konditionierung angesichts gravierender Menschenrechtsverletzungen der Regierung in Lomé wirkte sich längst nicht so

¹ Weltbank: African Development Indicators 2004; WB, Washington/D.C., 2005:296. Das reale Brutto-Inlandseinkommen (GDI) ist als Vergleichsmaßstab am geeignetsten, da es auch Einkommensverluste aufgrund ungünstiger Entwicklung der *terms of trade* berücksichtigt. – Gemessen an den Staatseinnahmen, ohne Zuschüsse anderer Regierungen oder internationaler Organisationen, betrug die *Official Development Aid* (ODA) 1993-2002 für Togo gut 57%, im Zeitraum 1985-1992 lag sie mit 62% nur geringfügig höher (World Bank: African Development Indicators, various years, Washington/DC: World Bank).

radikal aus, wie aufgrund von Fensterreden der Politiker zu vermuten gewesen wäre. Selbst Deutschland zahlte netto in den Jahren 1998 bis 2003 noch jährlich € 8-10 Mio. an bilateraler Hilfe, obwohl sich die deutsche Bundesregierung seit dem Ende des Kalten Krieges innerhalb der EU – in zunehmender Konfrontation mit Paris – für die Demokratisierung Togos einsetzte.

Für viele Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, besonders in Deutschland, war Togo bis Ende der 1980er Jahre die „Schweiz Afrikas“, gegründet auf Strukturen der ehemaligen angeblichen deutschen „Musterkolonie“. Der relative Wohlstand Togos in einer Wachstumsperiode ab Mitte der 1970er bis in die frühen 80er Jahre, der den Ruf der „afrikanischen Schweiz“ mitbegründete, beruhte vor allem auf dem Umstand, dass Togo in dieser Zeit die Funktion einer informellen Transitökonomie für die benachbarten Staaten übernahm. Ghana steckte in einer tiefen Wirtschaftskrise und Nigeria verfolgte eine fehlorientierte Politik der Importsubstitution. Die kaufkräftige Nachfrage nach Gütern, die auf den Märkten in Accra oder Lagos nicht zu haben waren, wurde auf den informellen Märkten Lomés gut bedient. Die Wirtschaftspolitik Eyadémas war weder entwicklungs- noch armutsorientiert, sondern kam hauptsächlich seinem Patronagesystem im In- und Ausland zugute. Mitte der 1980er Jahre begann der wirtschaftliche Niedergang des Landes, der – verstärkt durch die innenpolitische Krise und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft – bis heute anhält. Die meisten Togoer sind heute ärmer als zu Beginn der 1980er Jahre (WB 1996; Lejeal/Agbessi 2004:2332-36).

Die Hallstein-Doktrin und die damit einhergehende Belohnung für geberfreundliches Abstimmungsverhalten im Rahmen der UN sowie „gute Dienste“ Eyadémas, eines versierten Vermittlers in afrikanischen Konflikten, boten deutschen Politikern willkommene Legitimation, über die von dem Regime zu verantwortenden gravierenden Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen.² Diese Haltung war auch charakteristisch für die französische Außenpolitik gegenüber Togo sowie für Generationen französischer Unternehmer und Politiker, den *messieurs Afrique*, und für deren afrikanische Juniorpartner. Die in dieser Zeit mit ausländischer Unterstützung konsolidierten anti-demokratischen Strukturen in Politik, Militär, Justiz und Zivilgesellschaft wirken bis heute fort und bilden innenpolitisch das Haupthemmnis für eine demokratische Transition.

Merkmale der Eyadéma-Diktatur

² Eines der vier togoischen KZ (Kazaboua, Agombio, Mandouri, Otadi) wurde Mitte der 1980er Jahre mit Hilfe deutscher Pioniereinheiten ausgebaut (Kohnert 1997:43).

Im Folgenden soll das sozio-kulturelle Erbe der Eyadéma-Diktatur aufgezeigt werden. Dies betrifft nicht nur die staatlich sanktionierte Gewalt des Militärs und der Sicherheitsdienste. Mindestens ebenso wichtig war die Zentralisierung weltlicher und okkultur Macht in der Hand des Despoten und seiner Gefolgsleute, sowohl im staatlichen Bereich als auch in der Wirtschaft und in gesellschaftlich relevanten Organisationen der Zivilgesellschaft. Dazu gehörten auch die Instrumentalisierung afrikanischer Traditionen und religiöser Glaubenssysteme im Rahmen der „Authentizitätspolitik“ der 1970er Jahre, politisch instrumentalisierte Ethnizität und nationalistische Exklusionsstrategien gegen Regimegegner.

Politisch instrumentalisierte Ethnizität

Wie auch in anderen westafrikanischen Küstenstaaten besteht ein Entwicklungsgefälle zwischen dem Süden und dem Norden Togos. Dies ist zum Teil wirtschaftsgeographisch bedingt. Die Hauptursachen sind allerdings sozio-kultureller Natur und wurden bereits in der Kolonialzeit angelegt, z.B. durch die Konzentration des kolonialen Bildungssystems auf die ethnischen Gruppen im Süden oder durch das Verbot missionarischer Tätigkeit in der islamischen Zentral- und Nordregion durch die deutsche Kolonialverwaltung ab 1907. Bereits den deutschen Kolonialherren galten die Ewé im Süden des Landes als fortschrittlicher als die vermeintlich „hinterwäldlerischen“ Kabiyé. Nach dem Weltkrieg II entwickelte sich die Vertretung der intellektuellen Elite der Ewé, das *Comité d'Unité Togolaise* (CUT), zu einer der frühesten nationalen politischen Bewegungen Afrikas, und stieg zur bedeutendsten politischen Partei auf.

Unter der Herrschaft Eyadémas, der selbst der Ethnie der Kabiyé entstammte, verkehrte sich diese Bevorzugung der Ewé auf Kosten der Kabiyé allerdings in ihr Gegenteil. Letztere wurden über drei Jahrzehnte systematisch privilegiert, nicht nur bei der Beschäftigungspolitik im Öffentlichen Dienst (insbesondere in den Sicherheitskräften), sondern z.B. auch in Bezug auf die Neuinterpretation tradierten Bodenrechts. Kabiyé drangen – unterstützt von einer ihnen wohlgesonnenen Administration – in die Ländereien der umliegenden Ethnien vor und gründeten auch in den urbanen Zentren des Südens Kabiyé-Enklaven (Piot 1999: 46-51, 160-171). Die dadurch bedingten ethnischen Rivalitäten entluden sich zu Beginn der kurzen politischen Liberalisierungsphase (1991-92) in gewalttätigen Auseinandersetzungen (so im Mai 1992 im Distrikt Sotouboua, Zentral Togo) und in der Vertreibung von Kabiyé im Süden und in der Zentralregion.

Die Gegenstrategie Eyadémas bestand in der Initiierung eines nationalistischen Exklusions-Diskurses der *Togolité* in den staatlich dominier-

ten Medien, verstärkt ab Ende der 1990er Jahre.³ Die darauf gründende Politik (inklusive der Verfassungsänderungen von 2002 zuungunsten seiner Opponenten) ähnelte stark der fremdenfeindlichen Politik der *Ivoirité* in der Côte d'Ivoire. Sie war insbesondere gegen Eyadémas Hauptwidersacher Gilchrist Olympio, den Sohn des von ihm ermordeten ersten Staatschefs Sylvanus Olympio, und die von ihm 1991 gegründete Oppositionspartei UFC (*Union des Forces du Changement*, als Nachfolgepartei der CUT) gerichtet, die in den Ewé-Regionen des Südens ihre Hochburg hatte.⁴

Neuestes Beispiel dieser politischen Exklusionsstrategie war die „Entthronung“ des Parlamentspräsidenten Fambaré Natchaba Ouattara als legitimer Nachfolger des verstorbenen Staatschefs kurz nach dem Tod Eyadémas. Obwohl der praktizierende Jurist Natchaba als *Directeur de Cabinet* bereits in den 1970er Jahren dem Regime als Spezialist für machiavellistische juristische Tricks zur Unterdrückung von Regimegegnern gute Dienste geleistet hatte, die er in den 1990er Jahren als persönlicher Berater Eyadémas und zeitweiliger Außenminister wieder aufnahm (nachdem er 1981 in Ungnade gefallen und aus Furcht vor Ermordung ins politische Exil nach Paris geflüchtet war), kam er für eine ernstzunehmende Kandidatur nicht in Frage. Er war kein Kabiyé, sondern seine Vorfahren entstammten der ethnischen Gruppe der Anufo/Chokossi aus Sansanné Mango (nördliche Grenzregion), einer Ethnie, die im 18. Jahrhundert aus dem Nordosten der heutigen Côte d'Ivoire nach Togo eingewandert war (Decalo 1996:214). Offensichtlich reichte jahrzehntelange Loyalität mit dem Regime allein nicht aus für eine ernstzunehmende Nachfolge-Kandidatur innerhalb der Eyadéma-Dynastie, es bedurfte vielmehr zusätzlicher ethnischer oder, noch besser, verwandtschaftlicher Bande.

³ Zu den frühen herausragenden Beispielen dieser Exklusionsstrategie gehörten Vorwürfe eines angeblichen Putschversuchs der sogenannten „Brasilianer“ 1977, d.h. der Togoer europäisch-afrikanischer oder lateinamerikanisch-afrikanischer Abstammung, etwa der Nachkommen der aus Brasilien re-immigrierten Sklaven und Sklavenhändler, zu denen besonders reiche Familien des Südens, wie Da Souza, Olympio, Santos und d'Almeida, zählten, aber auch Re-Immigranten aus Sierra Leone und Nigeria, wie die Lawsons (Decalo 1996:50, 73-74).

⁴ Ein Beispiel dieser Politik der *Togolité* ist die Verfassungsänderung vom Dezember 2002, die im politischen Exil lebende Regimegegner als „Ausländer“, ausgrenzte und z.B. als Kandidaten für das Präsidentenamt disqualifizierte. Ein anderes Beispiel ist die von den regierungsnahen Medien unterstützte Differenzierung zwischen „authentischen“, „originären“ oder „wirklichen“ Togoern gegenüber den „südlichen Einwanderern“ (gemeint waren die Ewé), „staatenlosen Landstreichern“ oder „Verrätern“ (Toulabor 2003a).

Das Eyadéma-Regime trug somit selbst aktiv zur Verschärfung ethnischer Konfliktlinien bei. Allerdings nahmen diese gewaltsamen Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in Togo nie das Ausmaß wie z.B. in Nigeria an. Das ethnische Konfliktpotential diente vielmehr dem Regime bei passender Gelegenheit als Vorwand für präventives hartes Durchgreifen des Militärs gegenüber allen Oppositionellen.

Okkulte Gewaltherrschaft

Die öffentlichen Zeugenaussagen während der togoischen Nationalkonferenz vom August 1991 ließen zum ersten Mal auch für Außenstehende das ganze Ausmaß der okkulten Schreckensherrschaft Eyadémas erahnen, die selbst vor seinem Heimatdorf Pya (Zentral-Togo) und seiner eigenen Familie und Ethnie nicht Halt machte.⁵ Die Zeugenanhörungen zeigten, dass die öffentliche Demonstration okkultur Macht nicht nur der Außenwirkung oder der ideologischen Herrschaftssicherung und Legitimierung des Regimes diente und keineswegs nur auf die Person Eyadémas beschränkt war. Der Gebrauch des Okkulten (von politisch motivierter Hexenverfolgung bis hin zu Ritualmorden) diente Vertretern des Eyadéma-Regimes auf allen Ebenen der Staatsverwaltung, vom Innenminister bis hin zum einfachen Canton-Chef.

Ethnisierte Sicherheitsdienste

Die Hauptstützen der Gewaltherrschaft des Eyadéma-Regimes waren die Armee (*forces armées togolaises*, FAT) sowie die übrigen staatlichen Sicherheitsdienste und regimetreuen Milizen. Sie nahmen und nehmen noch heute eine Schlüsselstellung bei der Aufrechterhaltung der Despotie ein, wie die illegitime Inthronisation Faure Gnassingbé zeigte. Jahrzehntlang mit Hilfe der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Deutschland zum Rückgrat der Eyadéma-Herrschaft aufgerüstet und durch Militärabkommen und Beistandspakte Frankreichs abgesichert, waren diese Sicherheitskräfte das Paradebeispiel einer auf die Spitze getriebenen politischen Instrumentalisierung von Ethnizität. Seit dem Militärputsch Eyadémas 1963, bei dem er eigenhändig seinen Vorgänger Sylvanus Olympio ermordete, verzehnfachte sich die Zahl der Soldaten. In der ersten rasanten Aufbauphase der Armee (1963-67) lag Togo bei den Militärausgaben an der Spitze aller afrikanischen Staaten. Die togoische Armee zählte zumindest bis 1991 zu einer der größten Armeen der Welt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Die Truppe gleicht einer

ethnisierten Prätorianerwache im Dienste des Eyadéma-Clans. Die Offiziere und Mannschaften der Truppe stammen ganz überwiegend aus dem Norden (letzter Stand von 1991), und zwar vor allem aus den Reihen der Kabiyé, der Ethnie des Staatspräsidenten, und ein Sechstel der Offiziere kommt direkt aus dem Geburtsort des Präsidenten, was der Armee in der Bevölkerung den Spottnamen "Armee der Cousins" einhandelte.

Die Ethnisierung der Armee und der Sicherheitsdienste und die Militarisierung von Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Verwaltung schwächte sich trotz Kritik der internationalen Gebergemeinschaft ab 1993 keineswegs ab. Anfang 1998 beförderte Eyadéma im Gegenteil nochmals vier *nordistes* zu Brigadegenerälen. Seit dem noch ungeklärten Tod des Generals Amedji Mawulikplimi im März 1993 wurde kein *sudiste* mehr in den Generalsrang erhoben. Die Truppe ist wegen ihrer Brutalität und zunehmender Kriminalisierung in der Bevölkerung gefürchtet. Eine ähnliche Ethnisierung wurde auch beim Aufbau der Gendarmerie, der Polizei, des Zolls, der Feuerwehr, des Nachrichtendienstes und der regimefreundlichen Milizen verfolgt. Eyadéma nahestehende Militärs wurden zu Direktoren der Freihandelszone, des Zolls oder von parastaatlichen Unternehmen befördert.

Dennoch ist die Armee kein homogener Block: es gibt interne Differenzen zwischen höheren und niedrigeren Offiziersrängen, zwischen Mannschaften und Offizieren und zwischen "*nordistes*" und "*sudistes*". Letztere sympathisieren, nicht zuletzt, weil sie systematisch benachteiligt wurden, teilweise mit der Demokratisierungsbewegung.

Zusammengefasst gesagt, schuf Eyadéma – gestützt auf massive, fehlgeleitete Entwicklungshilfe westlicher Geber – durch Zentralisierung aller Schlüsselstellen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Macht in seiner Hand ein Imperium, das am besten als „afrikanischer Kommandostaat“ charakterisiert werden kann. Dieses durch okkulte Strategien der Gewaltherrschaft, Patronage, politisch instrumentalisierte Ethnizität und Tradition sowie Personalunion zwischen Armee-, Partei- und Staatsführung abgesicherte autokratische Regime wurde zwar ab 1969 durch ein Einparteiensystem der RPT und eine entsprechend angepasste Verfassung (1979) formal legitimiert. Die staatlich abgesicherten Fälschungen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit 1993 sowie die darauf folgenden Wellen politischer Verfolgung zeigten jedoch, dass die Eyadéma-Diktatur von innen heraus nicht zu ändern war. Die im Folgenden analysierten Vorgänge um die „gestohlenen“ Präsidentschaftswahlen von 2005 deuten darauf hin, dass sich daran auch in absehbarer Zukunft nichts ändern wird. Eine

⁵ Einen besseren Einblick in die okkulten Aspekte der Herrschaft Eyadémas als so manche wissenschaftliche Analyse bietet das preisgekrönte Buch des ivoirischen Schriftstellers Ahmadou Kourouma, „En attendant le vote des bêtes sauvages“ (Korouma 2000).

effektive Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative existiert nicht. Justiz- und Polizeiapparat sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis in die obersten Spitzen des Verfassungsgerichtes korrupt bzw. eingebettet in das Patronagesystem des Regimes.

Interregnum des Thronfolgers

Kaum war Eyadéma auf dem Flug zu einer Notoperation am 05.02.2005 verstorben, da schloss das Militär alle Grenzen und Radiostationen und verbot alle Demonstrationen. Parlamentspräsident Natchaba Ouattara, der von Paris nach Lomé eilte, um gemäß den Bestimmungen der Verfassung die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, wurde die Einreise verweigert; sein Flug endete im benachbarten Cotonou. Einen Tag später setzte das RPT-dominierte Parlament, unterstützt von der Armeeführung, Natchaba ab. Es bestimmte Faure Gnassingbé als dessen Nachfolger und Interims-Staatspräsidenten mit der Maßgabe, das Regierungsmandat seines Vaters bis zum Ablauf im Jahre 2008 wahrzunehmen. Der Verfassungsartikel, der für den Fall des Ablebens eines Staatsoberhauptes Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen vorsah, wurde ersatzlos gestrichen. Als Begründung für diese machiavellistische Machtübernahme unter abermaliger flagranter Verletzung der Verfassung verwiesen RPT-Barone auf die angebliche Notwendigkeit, einem „politischen Machtvakuum“ und dadurch drohenden Bürgerkrieg um die Nachfolge vorzubeugen.

Die unmittelbare Reaktion der Opposition und der internationalen Gemeinschaft war eine entrüstete Ablehnung dieses abermaligen Verfassungscoups.⁶ Bemerkenswerterweise gaben sich AU und ECOWAS, die bisher gegenüber den Menschenrechtsverletzungen der Eyadéma-Diktatur ihre Augen weitgehend verschlossen und die gefälschten Wahlen von 1993, 1998 und 2003 abgesehen hatten, als besonders scharfe Kritiker. Beide Organisationen verhängten am 19.02. bzw. 25.02. persönliche Sanktionen gegen die „de facto Autoritäten“ in Togo. Manche internationalen Beobachter hofften schon auf eine beispielhafte Funktion des „peer review“ im Rahmen der NEPAD (*New Partnership for Africa's Develop-*

ment). Alpha Oumar Konaré, ehemaliger Staatsoberhaupt Malis und seit 2003 Vorsitzender der AU-Kommission, bezeichnete die Machthaber in Lomé als „neuen Typ von Söldnern im Gewand von Konstitutionalisten“ und vertrat die Auffassung, dass Faure, wenn er an der Macht bliebe, niemals freie Wahlen organisieren würde. Der AU-Präsident und nigerianische Staatsoberhaupt Obasanjo drohte sogar mit einer Militärintervention. Die Organisation der Frankophonie (OFI) wandte zum ersten Mal Art. 5 der Erklärung von Bamako über Menschenrechte und Demokratie (2002) an und suspendierte die Mitgliedschaft Togos (08.02.). Die alten afrikanischen Eyadéma-Freunde, der marokkanische König Mohammed VI., der im eigenen Lande umstrittene ivoirische Staatsoberhaupt Laurent Gbagbo und Ghanas Staatsoberhaupt John Kofuor zeigten offen Verständnis für den Putsch. Die französische Regierung scherte aus der Einheitsfront der internationalen Gebergemeinschaft aus, indem sie eine ambivalente Haltung einnahm. Paris verurteilte zwar den Putsch, plädierte aber dafür, Faure Gnassingbé eine faire Chance bei anstehenden Neuwahlen einzuräumen. Staatsoberhaupt Chirac betrauerte öffentlich den Tod Eyadémas, der nicht nur ein alter Freund Frankreichs sondern auch sein geschätzter persönlicher Freund gewesen sei.

Nach einer Rundreise zur Beratung mit befreundeten Regierungschefs wie Omar Bongo (Gabun), Blaise Compaoré (Burkina Faso) und Omar Mouammar Khadafi (Libyen) gab Faure Gnassingbé dem internationalen Druck zumindest formal nach. Am 25.02. trat er als Regierungschef zurück und das Parlament bestimmte einen seiner Getreuen, den RPT-Abgeordneten und stellvertretenden Parlamentssprecher Abass Bonfoh, zum neuen Interimspräsidenten. Die illegalen Verfassungsänderungen vom 06.02. wurden wieder rückgängig gemacht (die des RPT-Verfassungsputsches von 2002 blieben jedoch bestehen) und die vorgezogene Präsidentschaftswahl wurde auf den 24.04. festgelegt. Auf einem außerordentlichen Parteikongress wählte die RPT am 25.03. Faure zu ihrem Führer und Präsidentschaftskandidaten. Seinem Hauptkonkurrenten, dem charismatischen Führer der UFC Gilchrist Olympio, war eine Kandidatur nach wie vor durch die Bestimmungen des Verfassungsputsches von 2002 verwehrt. An seiner Stelle nominierte die so genannte „radikale“ Opposition⁷ am 14.3., wie

⁶ Bereits im Dezember 2002 hatte die durch gefälschte und von der Opposition boykottierte Wahlen kurz zuvor an die Macht gekommene Dreiviertelmehrheit der RPT im Parlament Änderungen der demokratischen Verfassung von 1992 durchgepaukt, die Eyadéma u.a. eine dritte Amtsperiode eröffneten (Art. 59). Außerdem setzten sie das Mindestalter des Präsidentschaftskandidaten von 45 auf 35 Jahre herab (Art. 62), um es Faure Gnassingbé zu ermöglichen, seinem Vater auf das höchste Staatsamt nachzufolgen. Weitere Artikel dieses „Verfassungsputsches“ schlossen im politischen Exil lebende Präsidentschaftskandidaten, allen voran den Hauptkonkurrenten Eyadémas, Gilchrist Olympio, von der Wahl aus.

⁷ Die Führer der von der Interimsregierung als „radikale“ Opposition aus der Wahlorganisation ausgegrenzten sechs wichtigsten Oppositionsparteien – Gilchrist Olympio (UFC), Yawovi Agboyibo (CAR), Léopold Gninivi (CDPA), Tchessa Abi (PSR), Nagandja Kampatib (ADDI) und Antoine Folly (UDS-Togo) – schlossen sich kurz nach Eyadémas Tod zu einem Wahlbündnis zusammen. Sie forderten bis zuletzt vergeblich von Regierung und ECOWAS eine Ver-

schon bei den Präsidentschaftswahlen von 2003, den 74 Jahre alten, eher unscheinbaren Vizepräsidenten der UFC, Emmanuel Bob Akitani.

Die wichtigsten Oppositionsparteien:

- Union des Forces du Changement (UFC)
- Comité d'Action pour le Renouveau (CAR)
- Convention des Peuples Africaines (CDPA)
- Pacte Socialiste pour le Renouveau (PSR)
- Alliance des Démocrates pour le Développement Intégral (ADDI)
- Union des Démocrates Socialistes du Togo (UDS-Togo)

Die ECOWAS erklärte sich, unterstützt von der AU und westlichen Gebern, nach Verhandlungen mit Gnassingbé bereit, die Wahlen zu überwachen. Besonders der ECOWAS ging es angesichts der schwelenden gewaltsamen Konflikte in anderen Regionen der Gemeinschaft in erster Linie um Stabilität. „Robuste“ Garantien für einen freien und fairen Wahlprozess, wie von Teilen der „radikalen“ Opposition und der Zivilgesellschaft verlangt – inklusive eines militärisch-polizeilichen Schutzes der Wähler durch internationale Sicherheitskräfte – waren nicht vorgesehen. Die Interimsregierung, die bereits zuvor hinreichend deutlich gemacht hatte, dass sie am Machterhalt und nicht an freien Wahlen interessiert war, und die von ihr dominierte „unabhängige“ Nationale Wahlkommission (CENI) wurden mit der Organisation der Wahl, einschließlich der Revision der Wählerlisten, beauftragt.

Teile der Zivilgesellschaft zeigten, wie schon in den Jahren nach der Wende 1991-93, mehr Mut und Engagement. Angeführt vom katholischen Erzbischof Philippe Fanoko Kpodzro forderten sie am 16.04. Interimspräsident Bonfoh auf, die fortschreitende politische Instrumentalisierung der ethnischen Gegensätze zu stoppen und die Wahlen zu verschieben. Wesentliche Vorbedingungen, wie die Revision der Wählerlisten, seien in einer "unbefriedigenden und frustrierenden Weise" durchgeführt worden, gewalttätige Auseinandersetzungen hätten zu Verlusten vieler Menschenleben geführt. Die togoische Rechtsanwaltskammer schloss sich diesem Aufruf an. Ähnliche Appelle ergingen von weiteren Organisationen verschiedener Gruppen der Zivilgesellschaft, z.B. der togoischen Menschenrechtsliga (*Ligue Togolaise de Droit de l'Homme*, LTDH) und der *Concertation Nationale de la Société Civile* (CNSC), die – wie die sechs Oppositions-

schiebung des Wahltermins, um die Voraussetzungen einer fairen Wahl – insbesondere einer unparteiischen Revision der Wählerlisten und Austeilung der Wahlausweise etc. – zu gewährleisten.

parteien – eine unabhängige zivile Wahlbeobachtung vorbereitete.

Alle Appelle stießen jedoch sowohl bei der Regierung als auch bei der ECOWAS auf taube Ohren. Schließlich sprach sich sogar Innenminister Boko drei Tage vor der Wahl angesichts der Zuspitzung gewaltsamer Auseinandersetzungen, die in einen Bürgerkrieg zu münden drohten, für eine Verschiebung der Wahlen aus. Er wurde bedroht und umgehend abgesetzt (22.04.), woraufhin er in die deutsche Botschaft flüchtete und um politisches Asyl bat. Dies löste von der Regierung gesteuerte antideutsche Ressentiments und Ausschreitungen gegen deutsche Einrichtungen (Goethe-Institut) aus.

Gestohlene Präsidentschaftswahl

Die Präsidentschaftswahlen am 24.04.2005 begannen zunächst in einem zwar gespannten, aber weitgehend konfliktfreien Klima, am späten Nachmittag des Wahltages kam es jedoch zu Gewaltexzessen, und zwar besonders in den urbanen Zentren im Süden des Landes. Die gewaltsamen Konfrontationen hielten auch in den folgenden Wochen an. Unmittelbarer Anlass waren offensichtliche Versuche der Sicherheitsdienste und RPT-freundlichen Milizen, den Wahlausgang in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diese vom Regime gelenkten Fälschungsversuche zeigten die bereits aus den vorausgegangenen Wahlen bekannten vielfältigen Facetten: Einschüchterung von Oppositionswählern durch Gewaltausübung und -androhung vor und während der Wahlen, systematische Fälschung der Wählerlisten und der Wahlergebnisse, Zerstörung paralleler Wahlbeobachtungsstrukturen der Opposition und Zivilgesellschaft, Lahmlegung des Telefon- und Mobilfunknetzes während drei Tagen (inklusive dem Wahltag), parteiliche Berichterstattung in den staatlich kontrollierten Medien und Verbot oder Behinderung regimekritischer Medien.

Als die CENI am 26.04. den Wahlsieg Faure Gnassingbés und die vorläufigen Wahlergebnisse verkündete, antworteten oppositionelle Milizen mit Gegengewalt. Armee und Sicherheitsdienste und regierungsfreundliche Milizen gingen brutal gegen reale und vermeintliche Regimegegner vor. Nach einem am 13.05. publizierten Report der LTDH forderten die Gewaltexzesse seit dem Tode Eyadémas, besonders aber seit dem Beginn des Wahlkampfes am 28.03. mindestens 811 Tote und 4.500 Verletzte sowie eine steigende Zahl von Entführten und Verschleppten in den Folgewochen (LTDH 2005). Wie schon 1993 suchten viele Togoer aus Angst vor politischer Verfolgung ihr Heil in der Flucht ins benachbarte Benin oder Ghana, obwohl alle Grenzübergänge vom 22.04. bis zum 06.05. geschlossen blieben, um Bevölkerungsbewegungen über die Grenze zu verhindern.

**Offizielles Wahlergebnis der
Präsidentschaftswahlen vom 24.04.05:**

- registrierte Wähler: 3.599.306
- Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 2.288.279 (63,6%)
- ungültige Stimmen: 88.005
- gültige Stimmen: 2.200.274
 - davon für F. Gnassingbé (RPT): 1.325.622 (60,15%)*
 - für Bob-Akitani (UFC, Kandidat der demokratischen Opposition) 841.642 (38,25%)*
 - für N. Lawson (PRR) 1,04%*
 - für H. Olympio (RSDD) 0,55%⁸*

Am 03.06. verkündete das Verfassungsgericht in gewohnt parteilicher Weise das offizielle Wahlergebnis und den Wahlsieg des Kandidaten der RPT, Faure Gnassingbé; einen Tag später wurde er als neuer Staatspräsident vereidigt. Seine okkulte Initiation, ganz in den Fußstapfen seines Vaters, war bereits zuvor in Kara, der Heimatstadt des Eyadéma-Clans im Norden, erfolgt. Die ECOWAS, die die Wahlen überwachen sollte und unter anderem 120 der insgesamt 230 akkreditierten Wahlbeobachter stellte, bezeichnete die Wahl am 27.04. als von einigen „Anomalien und Unzulänglichkeiten sowie Zwischenfällen“ gekennzeichnet, diese könnten jedoch „die gute Durchführung und die „Glaubwürdigkeit“ des Wahlergebnisses nicht in Frage stellen.⁹ Die französische Regierung schloss sich dieser Position umgehend an. Die EU, die eine Wahlbeobachtung bereits im Vorfeld wegen der mangelhaften Vorbereitung der Wahl abgelehnt hatte, nahm das Wahlergebnis am 06.06. mit sichtlicher Reserve zur Kenntnis; der EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Entwicklung, Louis Michel, hatte sich allerdings bereits am 28.04. stark besorgt über die Gewaltübergriffe gegen die Zivilbevölkerung geäußert. Am 06.06. gelangten außerdem vertrauliche Berichte von vier EU-Diplomaten an die EU-Zentrale in Brüssel an die Öffentlichkeit, die Anhaltspunkte für massive staatlich sanktionierte Wahlfälschung auflisteten, u.a. eine Aufblähung der Zahl der registrierten Wähler um mehr als 34% oder 900.000 fiktive Wahlberechtigte auf

⁸ <http://africanelections.tripod.com/tg.html> - 2005_Presidential_Election; 30.05.05)

⁹ ECOWAS/CEDEAO: ‚Ce scrutin a globalement répondu aux critères et principes universellement admis en matière d’élections‘, zitiert in: ai (2005): Togo – Une élection à hauts risques. Amnesty international, Lomé, 20.05.05:4.

den „aktualisierten“ Wählerlisten.¹⁰ Letztere waren, entgegen Vereinbarungen zwischen Regierung und Opposition vom 28.02., ohne Überprüfungsmöglichkeiten durch die Oppositionsparteien erstellt worden. Der überwiegende Teil der fiktiven Wähler auf den Listen fand sich in den RPT-Hochburgen, während vielen Oppositionswählern zuvor die Registrierung verweigert worden war.¹¹ Eine Glaubwürdigkeitslücke bestand zudem in den offiziellen Statistiken über die Wahlbeteiligung, die im RPT-freundlichen Norden angeblich bei 80-99% und in den Hochburgen der Opposition bei nur 35% lag. Kurz, die meisten unabhängigen Einschätzungen der Wahl gingen wie die der *Federation Internationale des Ligues des Droits de l'Homme* (FIDH) von so massiven Wahlfälschungen aus, dass von freien und fairen Wahlen nicht die Rede sein konnte. Anhänger der Opposition sprachen folglich von einem „gestohlenen Sieg“. Nach der Hochrechnung der französischen Nichtregierungsorganisation *Survie-France* hätte der Oppositionskandidat Bob Akitani mit 72,2% die Wahlen vor Gnassingbé mit 25,5% gewonnen, selbst wenn man nur einen Teil der Wahlmanipulationen berücksichtigt hätte.

Das Europäische Parlament war unter diesen Voraussetzungen weniger diplomatisch als die EU-Kommission. Es erkannte die Wahlergebnisse nicht an, da sie augenscheinlich nicht den international anerkannten Regeln von freien und fairen Wahlen entsprachen; die EU-Parlamentarier verurteilten außerdem die gewaltsame Unterdrückung der Opposition durch die staatlichen Ordnungskräfte (12.05.).

**Düstere Perspektiven für eine
Demokratisierung Togos**

Bereits mit der parteilichen Stellungnahme der ECOWAS, der sich Frankreich umgehend anschloss, schien sich das Kalkül Gnassingbés zu bestätigen. Die tradierte duale Strategie des Eyadéma-Clans – politische Repression und Spaltung der Opposition nach innen und Ausnützung widerstreitender außenpolitischer Interessen der internationalen Hauptakteure im Togo-Konflikt – brachte den gewohnten Erfolg. Die Opposition zeigte unter dem Druck der politischen Verfolgung und der latenten Profilierungstendenzen der sogenannten „gemäßigten“ Oppositionsparteien, insbesondere der CPP (*Convergence Patriotique*

¹⁰ Die Demographin Thérèse Locoh, Forschungsdirektorin des INED, geht in ihrem unveröffentlichten Beitrag „Démographie, démocratie au Togo“, sogar von einer Differenz von mehr als 1.100.000 Phantomwählern aus (http://www.surve-france.org/article.php3?id_article=485; 07.06.05).

¹¹ allAfrica.com: ‚Togo – Diplomatic documents surface citing fraud in April poll‘, 6.6.05; ufctogo.com: ‚Présentielle 2005 – les mécanismes de la fraude‘. 5.5.05).

Panafricaine) des ehemaligen OAU-Generalsekretärs, ehemaligen Gründungsmitglieds der RPT und früheren togoischen Ministerpräsidenten (1994-96) Edem Kodjos, erneut Spaltungstendenzen. Eine vom Ausland agierende bewaffnete Opposition hatte angesichts der regierungsfreundlichen Haltung benachbarter Staaten, vor allem seit dem Regierungswechsel von 2000 in Accra von Rawlings zu Kofour, keine Chance mehr. Die scheinbar entschlossene Haltung der afrikanischen Staaten gegenüber dem undemokratischen Agieren von Eyadémas Thronfolger vom Februar entpuppte sich als Verbalradikalismus. Die AU hob die verhängten Sanktionen gegenüber Togo auf (30.05.) und erkannte den neuen Staatschef an.

Bereits einen Tag nach der Wahl, als sich bereits das Ausmaß der Wahlfälschung abzeichnete, hatte der amtierende AU-Präsident Obasanjo die beiden Kontrahenten Gnassingbé und Olympio zu einem Konfliktlösungsgespräch nach Abuja (25.04.) eingeladen. Sein Ziel war, beide Parteien auf eine Regierung der Nationalen Einheit zu verpflichten, was immer der Ausgang der Wahl sei. Am 19.05. gab es einen Mini-Gipfel der beiden Kontrahenten sowie mehrerer Staatsoberhäupter in Abuja zur Lösung der Krise, unter Beteiligung von Omar Bongo (Gabun), Mathieu Kérékou (Benin), Blaise Compaoré (Burkina), John Kufour (Ghana) und Mamadou Tandja (ECOWAS-Vorsitzender) sowie Obasanjo. Gnassingbé verhandelte angesichts seiner faktischen Anerkennung als neuer Staatschef durch die ECOWAS aus einer Position der Stärke. Dies war für Olympio und Teile der „radikalen“ Opposition inakzeptabel. Sie forderten Verhandlungen „auf gleicher Augenhöhe“, das heißt, Bildung einer Interimsregierung unter gleichberechtigter Einbeziehung aller wesentlichen Oppositionsparteien und Wiederholung der Präsidentschaftswahlen unter fairen und freien Bedingungen; dies verärgerte die in Abuja anwesenden mehr an Ruhe und Ordnung interessierten Staatsoberhäupter beträchtlich.

Die eindeutige Haltung des EU-Parlaments stärkte der Opposition zwar den Rücken, die Position der EU-Kommission, geschwächt durch den offenen Widerspruch zwischen der französischen und deutschen Position in dieser Frage, war allerdings weniger eindeutig. Die Sechsparteienkoalition der Opposition begann daraufhin auseinander zu fallen. Ende Mai stimmten fünf der sechs ehemaligen Partner für die Aufnahme von Gesprächen mit dem neuen Regierungschef über eine Regierung der Nationalen Einheit. Die stärkste Oppositionspartei (UFC) fand sich hiermit, wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen, isoliert und geschwächt, zumal ihr unterlegener Präsidentschaftskandidat Akitani Bob am 19.05 einen Herzinfarkt erlitt. Der neue Staatschef nutzte die

Uneinigkeit der Opposition in bewährter Weise aus. Wie bereits sein Vater, der 1994 an der Mehrheit der Opposition vorbei Edem Kodjo zum Ministerpräsidenten ernannt hatte, berief Faure Gnassingbé am 08.06. Kodjo erneut in das Amt. Letzterer bildete am 20.06. sein Kabinett aus Gnassingbé-Loyalisten und Abtrünnigen der zerbrochenen Oppositionsfront und ernannte Kpatcha Gnassingbé, den älteren Bruder des neuen Staatschefs, zum Verteidigungsminister, um so den effektiven Machterhalt des Eyadéma-Clans abzusichern. Die ECOWAS, Frankreich und andere Geber billigten augenscheinlich diese Entscheidung. Damit war die Frage der Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, unter gleichberechtigter Einbeziehung wesentlicher Oppositionsparteien, endgültig vom Tisch.

Die gegensätzliche Position der Regierungen in Berlin und Paris wurde nach dem Februarputsch in Lomé noch offensichtlicher und verstärkt auch in der überregionalen französischen und deutschen Presse thematisiert.¹² Während US-amerikanische und deutsche Diplomaten hinter vorgehaltener Hand zugaben, dass die Sechsparteienkoalition der Opposition die Wahlen gewonnen hätte, wenn sie denn frei und fair verlaufen wären, bestritt der Quai d'Orsay diese Ansicht. Die französischen Medien nahmen nach dem Tode Eyadémas ebenfalls eine bemerkenswert kritische Haltung auch gegenüber der eigenen Regierung und dem Netzwerk der Ewigestrigen der *messieurs Afrique* ein. So war von der „Komplizenschaft“ zwischen Paris und dem togoischen Diktator die Rede (Le Monde, 09.02.05). Besonders scharf angegangen wurde Staatspräsident Chirac, der sich öffentlich als persönlicher Freund Eyadémas „geoutet“ hatte; er wurde in der Presse als „dictateur de brousse“ apostrophiert (Le Monde, 08.02.05). *Le Nouvel Observateur* (12.05.05) veröffentlichte ein langes Interview mit Jean-Françoise Bayart, in dem letzterer die an schnöden Geld- und Partikularinteressen ausgerichtete französische Afrikapolitik mit scharfen Worten geißelte und eine grundlegende Umorientierung forderte.

Die EU, die nach wie vor eine außen- und wirtschaftspolitische Schlüsselstellung in Bezug auf die internationale Entwicklungszusammenarbeit mit Togo einnahm, hatte das Wahlergebnis nur „zur Kenntnis genommen“. Im Übrigen ging man in Brüssel davon aus, dass das im April 2004 mit der Regierung in Lomé beschlossene und von der Opposition anerkannte 22-Punkte-Programm

¹² Der Schriftsteller Hans Christoph Buch vertrat in einem auch in Frankreich beachteten Artikel die These, das Beispiel Togo zeige, dass eine gescheiterte Demokratisierung schlimmer als gar keine sei, weil sie latente Gewaltpotentiale zum Ausbruch bringe; siehe „Staatszerfall in Afrika – Togo zum Beispiel“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 03.05.05.

zur Demokratisierung weiterhin Maßstab des Handelns sei. Damit war zwar eine Wiederaufnahme der EU-Entwicklungszusammenarbeit auf altem Niveau vorläufig ausgeschlossen, aber die Regierung Faure Gnassingbé faktisch anerkannt. Es war nicht zu erwarten, dass sich die EU angesichts der retardierenden Rolle Frankreichs dazu durchringen würde, faire und freie Wahlen in Togo zu garantieren, da letztere eine internationale militärische Absicherung – etwa durch UN-Friedenstruppen wie in Sierra Leone – und substantielle finanzielle Unterstützung als notwendig, aber nicht hinreichenden Bestandteil voraussetzten. Hingegen hatte die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bereits am Tage des Amtsantritts des neuen togoischen Staatspräsidenten eine französische Militärintervention, wie etwa in der Côte d'Ivoire, ausgeschlossen und die AU für ihre Vermittlerrolle gelobt.

Auch innerhalb der AU zeigten sich widerstreitende Positionen in Bezug auf die Handhabung der togoischen Krise. AU-Generalsekretär Konaré vertrat auch im Togo-Konflikt eine konsequent an den Prinzipien des von der AU propagierten „peer review mechanism“ im Rahmen der NEPAD ausgerichtete Politik der Förderung des Rechtsstaates und guter Regierungsführung. In diesem Sinne befürwortete er die Entsendung des früheren Staatschefs Sambias, Kenneth Kaunda, als AU-Sonderbeauftragten zur Überprüfung der Lage in Togo nach den Wahlen. Darüber hinaus nominierte er den früheren senegalesischen Ministerpräsidenten Mame Maida Boye als Leiter einer Beobachtermission in Lomé mit dem Mandat, die politische und soziale Lage sowie die Sicherheits- und Menschenrechtssituation zu untersuchen. Die EU unterstützte diese Initiative Konarés in einer am 04.06. herausgegebenen Erklärung ausdrücklich. Obasanjo sah jedoch seine Strategie der Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit in Lomé, der angeblich bereits die Mehrheit der Oppositionsparteien zugestimmt hatte, durchkreuzt. Verärgert hob er die Entscheidungen Konarés nach Konsultationen mit seinen westafrikanischen Kollegen wieder auf (05.06.).

Dies war der erste öffentlich ausgetragene Konflikt innerhalb der AU seit ihrer Gründung 2002. Vorrangig für die Mehrheit der in der ECOWAS wie in der AU vertretenen Staatschefs war die Wahrung von Stabilität in dem von gewaltsamen Krisen geschüttelten Westafrika, egal unter welchem politischen Vorzeichen. Tatsächlich segnete damit allerdings die Mehrheit der Staatschefs der ECOWAS und der AU, unterstützt von einigen Gebern wie Frankreich und der VR-China, nicht nur den *status quo* der autokratischen Herrschaft der Gnassingbé-Dynastie ab. Sie halfen durch ihre halbherzige Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Togo auch mit, dieses Regime zu konsolidieren und zu legitimieren.

Ein Wandel des togoischen Kommandostaates aus sich heraus ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Wenn die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung für Jahrzehnte fehlgeleiteter Entwicklungszusammenarbeit gerecht werden will, so geht kein Weg an einem „robusten Mandat“ zur Absicherung freier und fairer Wahlen sowie des daran anschließenden Versöhnungs- und Demokratisierungsprozesses vorbei. Die Geschichte Togos und die aktuelle Welle der staatlich sanktionierten politischen Verfolgung macht das deutlich. Das Beispiel der UNAMSIL-Friedenstruppen sowie ergänzender bilateraler militärischer und ziviler Unterstützung verschiedener Geberländer im Demokratisierungsprozess Sierras Leones zeigt, dass solch ein „robustes Mandat“ sinnvoll und machbar ist. Anscheinend ist dies bezüglich Togo der Mehrheit der politischen Entscheidungsträger Afrikas, in der UN und in der EU jedoch zu kostspielig. Vermutlich provoziert diese Haltung in absehbarer Zukunft neue grenzüberschreitende gewaltsame Konfliktlösungsversuche in einer ohnehin schon chronisch destabilisierten Region. Ob die Politik des Hinwegschauens über fehlgeschlagene Demokratisierungsversuche im wohlverstandenen Eigeninteresse der Afrikaner und der internationalen Gemeinschaft nicht kontraproduktiv ist, stand anscheinend bisher nicht ernsthaft zur Debatte.

Weiterführende Literatur:

- Cornevin, Robert (1988): *Le Togo: Des origines à nos jours*. Acad. des Sc. D'Outre-Mer, Paris
- Ellis, Stephen (1993): *Rumour and power in Togo*. *Africa*, vol. 63, No.4 (1993): 462-476
- Elwert, Georg (2001): *Für eine neue deutsche Afrika-Politik – Die Entwicklungshilfe hat die autoritären Regime gestärkt*. E+Z – *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 10, Oktober 2001: 284-287.
- Kohnert, D. (1997): *Zum Einfluß des Okkulten auf staatliche Legitimität und Demokratisierungshilfe in Afrika*. *Sociologus*, vol. 47, No. 1 (1997): 24-50
- Kourouma, Ahmadou (2000): *Die Nächte des großen Jägers*. Wuppertal, Hammer Verlag (dt. Übersetzung von: *En attendant le vote des bêtes sauvages*. Paris, Le Seuil, 1998)
- Lejeal, F. / Agbessi, G. (eds.) (2004): *Dossier Togo*. *Marchés Tropicaux*, 29.10.04: 2315-2374

- LTDH (2005): Strategie de la terreur au Togo II – ‘Un règne aussi court que sanglant’. Rapport préliminaire d’investigation, avec le soutien de la FIDH, Paris, FIDH, März 2005
- Macé, Alain (2004): Politique et démocratie au Togo – 1993 – 1998 – de l’espoir à la désillusion. *Cahiers d’Études africaines*, vol. 44, No. 4 (2004): 841-885
- Piot, Charles (1999): Remotely global – Village modernity in West Africa (Kabiyé villages, Northern Togo). Univ. of Chicago Press, Chicago
- Toulabor, Comi M. (2003): La nature non démocratisable de la dictature Eyadéma. *Le Togolais*, 27.08.03 (<http://www.letogolais.com/article.html?nid=1064>; 23.05.05)
- Toulabor, Comi M. (2003a): Togolité und Tribalismus – Der Dinosaurier von Lomé. *Le Monde Diplomatique* (taz/LMD, dt. Ausgabe), 11.04.2003: 22
- Toulabor, Comi M. (1986): *Le Togo sous Eyadéma*. Karthala, Paris
- World Bank (1996): *Overcoming the crisis, overcoming poverty – A World Bank poverty assessment of Togo*. Washington D.C., World Bank

Autor:

Dr. Dirk Kohnert, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg

E-Mail: kohnert@iak.duei.de

Der Autor dankt Gero Erdmann sowie Lars Holstenkamp für hilfreiche Kommentare.

Impressum: *AFRIKA IM BLICKPUNKT* erscheint unregelmäßig und bietet Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen im subsaharischen Afrika. Herausgeber ist das Institut für Afrika-Kunde (IAK) in Hamburg.

Anschrift der Redaktion: Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de

Das IAK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Das Institut für Afrika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht des Instituts für Afrika-Kunde darstellen. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gero Erdmann / Susan Steiner
Redaktionsassistentin: Ellen Baumann
Satz: IAK

ISSN 1619-3156

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs
im Verbund Deutsches Übersee-Institut
- Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft -
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de
Internet: <http://www.duei.de/iak>



Afrika im Blickpunkt erscheint seit 2002. Alle bisher erschienenen Nummern sind über die Website des IAK kostenlos abrufbar. In den Jahren 2003 und 2004 sind erschienen:

Nr. 1 – 2003 März 2003	Lydia Gärtner	FESPACO: Von der "Dekolonisierung der Leinwände" zur Professionalisierung unter Marktbedingungen?
Nr. 2 – 2003 Mai 2003	Denis M. Tull	Neubeginn oder Illusion? Probleme und Chancen der politischen Transition in der DR Kongo
Nr. 3 – 2003 Sept. 2003	Judy Smith / Verena Wiesmann	Krieg kennt keine Grenzen. Die regionale Tragweite des Konfliktes in Liberia – eine Hintergrundanalyse
Nr. 4 – 2003 Nov. 2003	Olaf Nielinger	Afrika und der UN-Gipfel zur Informationsgesellschaft
Nr. 1 – 2004 März 2004	Eike Karin Ohlendorf	Zehn Jahre Genozid. Der Völkermord in Rwanda: Gruppenidentität und Gewalt
Nr. 2 – 2004 Juli 2004	Ivo Brandau	Viel erreicht und nichts gewonnen? Zu den Erfolgsaussichten des IGAD-Friedensprozesses im Sudan
Nr. 3 – 2004 August 2004	Jan Bachmann	"Leave no continent behind" – Die Integration Afrikas in den Krieg gegen den Terror und ihre Folgen
Nr. 4 – 2004 Nov. 2004	Andreas Mehler	Côte d'Ivoire: Chirac allein zu Haus?